



Ärzteverband öffentlicher
Gesundheitsdienst
Baden-Württemberg e.V.

Pressemitteilung

Dr. med. Brigitte Joggerst
- Vorsitzende -

Pforzheim, 24.03.2022

ÖGD-Verband unterstützt die Forderung nach Ende der ungezielten Testung

Baden-Württembergische Gesundheitsämter haben in einem Positionspapier an Herrn Minister Lucha mögliche Schritte für einen Strategiewechsel im Sinne eines Übergangs von der Pandemie in die Endemie dargestellt. Sie fordern mit Blick auf das aktuelle Stadium der Pandemie insbesondere eine Einstellung der kostenlosen Tests und Beendigung der Absonderung für Infizierte und ihre Haushaltsangehörigen – vor allem aufgrund von Zweifeln an der Angemessenheit dieser Maßnahmen zum jetzigen Zeitpunkt. 31 der 38 Gesundheitsamtsleiterinnen und -leiter haben das Papier bereits unterzeichnet.

„Wir sind dem Minister sehr dankbar, dass er sich hinter das Schreiben gestellt hat und es an Herrn Bundesgesundheitsminister Prof. Karl Lauterbach weitergeleitet hat.“, so Dr. Brigitte Joggerst, Vorsitzende des ÖGD-Verbandes (Verband der Ärzt*innen und Wissenschaftler*innen im Öffentlichen Gesundheitsdienst Baden-Württemberg). „Der Verband unterstützt das Papier der Gesundheitsämter uneingeschränkt.“

Im Papier werden die aktuellen Corona-Maßnahmen nach Kriterien der Effizienz betrachtet und beurteilt. Ungezielte Testungen schneiden dabei am schlechtesten hinsichtlich ihrer Wirksamkeit ab. „Die ungezielte Testung, sogenannte Bürgertestung, bindet unglaublich viele Ressourcen, materiell wie personell, bei wenig Auswirkung auf das Infektionsgeschehen und die Krankheitslast“, so Joggerst weiter. „Omikron ist sehr ansteckend und hat eine kurze Inkubationszeit. Maßnahmen nach einem positiven Testergebnis kommen fast immer zu spät, um Ansteckungen zu verhindern.“ Für die Kontrolle der meist von medizinischen Laien betriebenen Bürgerteststellen werden qualifizierte Fachkräfte gebunden. „Genau diejenigen Mitarbeitenden also, die in der Pandemie ohnehin eine knappe Ressource im Gesundheitsamt darstellen und dringend für andere Aufgaben benötigt werden“, so Dr. Ulrich Wagner, Leiter Infektionsschutz in Karlsruhe, dem größten Gesundheitsamt in Baden-Württemberg.

Eine weitere Forderung im Rahmen des Papiers betrifft die Meldung der zahlreichen positiven Testergebnisse. Diese kommen vom Labor und müssen nach Überprüfung jeder Einzelmeldung an das Landesgesundheitsamt und von dort an das RKI weitergeleitet werden. Unter anderem durch die Option der Freitestungen stiegen die Meldungen sprunghaft an. Viele Menschen unternehmen mehrere Versuche, und erhalten mehrfach positive Ergebnisse, die

alle ans Gesundheitsamt gemeldet werden müssen. Landesweit geben tagtäglich viele hundert Mitarbeitende zehntausende von Meldungen (am 22.03. waren es 17.370) in die Systeme ein, stellen Überprüfungen an und leiten diese weiter - bei fehlender Konsequenz; denn durch den milderen Verlauf der Omikron-Infektion insbesondere bei Geimpften sagen diese Zahlen kaum noch etwas über die Belastung der medizinischen Versorgung aus.

„Den Fachkräften im Gesundheitsamt fällt die sinnfreie Datenverwaltung immer schwerer, auch weil es so viel wichtigere Aufgaben gibt, für die Personal fehlt,“ sagt Dr. Birgit Walter-Frank vom Gesundheitsamt Tübingen. „Wir müssen uns auf die Informationen konzentrieren können, die eine Änderung des Pandemieverlaufs signalisieren, bspw. gute Daten zu schweren Krankheitsverläufen in Kliniken zu erheben und auszuwerten. Dafür brauchen wir unsere Fachkräfte.“

Die Ämter fordern auch die Beendigung der rechtlich vorgegebenen Absonderung für Infizierte und deren Haushaltsangehörige. Diese Maßnahmen greifen mittlerweile überwiegend zu spät um Ansteckungen zu verhindern und haben kaum noch Einfluss aufs Pandemiegeschehen. In vielen Bereichen - aber auch gerade im Gesundheitssektor - führt der quarantänebedingte Personalmangel zu einer relevanten Verschlechterung der Versorgung. „Selbstverständlich müssen diese Maßnahmen erneut auf den Prüfstand, wenn sich die Lage wieder ändern sollte, bspw. durch eine neue Virusvariante“ merkt Dr. Evelyn Bressau, Leiterin Gesundheitsamt Ortenaukreis an. „Aber bis dahin gibt es wenig Grund für freiheitsentziehende Maßnahmen.“

Weiterhin bleiben das Tragen von Masken, regelmäßiges Lüften und Abstand halten die wichtigsten Maßnahmen, um Ansteckungen zu verhindern. Impfungen schützen vor schweren Verläufen – auch bei der Omikron-Variante. Diese Maßnahmen zu stärken bleibt eine wichtige Aufgabe.

Anlage: Positionspapier Strategiewechsel der Gesundheitsämter Baden-Württemberg